



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Bund der Landwirte

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Bund der Landwirte



Seitdem der Kladderadatsch den „Zug des Todes,“ das bekannte Bild Spangenberg's, durch einen „Zug der Nörgler“ travestiert hat, sind die Scharen der Nörgler im deutschen Reiche erschreckend gewachsen, und dem von Unsicherheit, Sorge, Mißgunst, Neid, Genußsucht und Überhebung gedüngten Boden unsrer Gesellschaft entsprossen gar wunderfame Blüten. Frau Sorge klopft an manche Thür, und nicht am leisesten an die Thüren der deutschen Landwirte. Das neunzehnte Jahrhundert hat diesen neben vielem Guten auch ein Danaergeschenk gebracht: die Eisenbahnen und die Dampfschiffe, mit deren Hilfe die Entfernungen zusammengeschrunpft und die Staaten, die Erdteile einander näher gerückt sind. Der Riese „Konkurrenz“ hat seine gewaltige Faust auch auf die Landwirtschaft gelegt, und durch diesen sich von Jahr zu Jahr steigenden Druck ist schon so mancher Schwache zerquetscht worden. Allerdings hat auch Faulheit, Unwissenheit und Verschwendung oft selbstverschuldeten Untergang mit ihm zu entschuldigen versucht. Nur die Klugen, Starken und Sparsamen halten noch Stand, aber auch sie fühlen ein Unbehagen, das sie nicht zum ruhigen Genuß des Lebens kommen läßt. Dazu geht überhaupt durch unsre Zeit ein Zug der Unzufriedenheit, der sich nicht bloß bei der Sozialdemokratie, sondern auch bei den Agrariern, besonders in den letzten Jahren, sehr bemerkbar gemacht hat.

Dem Landwirt, der im allgemeinen kein großer Rechenmeister ist und sich ungern mit Abschläffen oder gar mit Anschlägen beschäftigt, ist stets von allen Seiten gepredigt worden: Rechne, rechne! Du rechnest nicht genug! Nun ist in Preußen das neue Einkommensteuergesetz gekommen, drückt ihm alle Jahre mit Gewalt, unter Androhung höherer Einschätzung, die Feder in die Hand und verlangt von ihm eine Selbsteinschätzung, noch dazu zur Winterszeit, die so wie so schon zum Grübeln und Rechnen mehr einladet als der erste Juli,

wo der Landwirt sonst seine Bücher abschließen soll. Der Landrat, der landwirtschaftliche Verein, das Fachblatt, alle rufen dem Landwirt zu: Erkenne dich selbst! Und das, worin bisher am meisten auf dem Lande gesündigt worden ist, die Selbsteinschätzung, beginnt allerorten mit Hochdruck zu arbeiten. Die Vogelstraußpolitik gegenüber der eignen Vermögenslage muß notgedrungen aufgegeben werden, und an der Hand des Musters 1 für die Steuererklärung werden plötzlich Gedanken geboren, die früher dem einfachen Landwirt sehr fern gelegen haben. Er kommt zu dem Ergebnis: Mein steuerpflichtiges Einkommen beträgt 1. aus Kapitalvermögen an Zinsen, Renten, Dividenden, Ausbeuten — nichts! Im Gegenteil, die Zinsen und die Renten muß ich aufbringen und an die zahlen, die auch die Dividenden, Ausbeuten u. dergl. einsacken! 2. aus Grundvermögen: Betrieb der Landwirtschaft u. s. w. einschließlich des Mietwertes der Wohnung und des Geldwertes der im Hause verbrauchten Wirtschaftserzeugnisse — auch nicht viel! Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre habe ich nichts erspart, und die paar Groschen, die auf der Sparkasse lagen, sind draufgegangen, ich habe also aus Grundvermögen so gut wie nichts eingenommen. Und wenn ich nun noch das bißchen Leben und Wohnung als Einnahme versteuern soll, so ist das doch die höhere Schinderei; dafür zahle ich doch die Grundsteuer, bekleide dem Staat alle Ämter umsonst, muß ins Schöffengericht, oft wochenlang ins Schwurgericht, ohne einen Pfennig außer den dürftigen einmaligen Reisekosten zu erhalten, muß in der fremden Stadt ganz auf meine Kosten leben, muß meine Pferde, selbst die zum Kriegsdienst ganz untauglichen, stets dem Militäriskus zur Verfügung stellen, muß Schulen erhalten, Kirchen bauen, Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenbeiträge zahlen, Wege und Brücken bessern. Ist das noch nicht Steuer genug? Aber das sind ja keine Steuern für den Staat — sagt der Finanzminister —, das sind ja Gemeindeabgaben, die dir unmittelbar wieder zu gute kommen, die darfst du von deiner Einnahme nicht abziehen. Nur die Staats-, Grund- und Gebäudesteuer, die Feuerversicherung und allenfalls eine mäßige Amortisation für deine Gutsgebäude, die kannst du abziehen. Nun, da wollen wir doch sehen, was wir in dem vorzüglichen Wirtschaftsjahre 1892/93 aus dem Grundvermögen einnehmen. Geerntet habe ich 11 Zentner Weizen und 10 Zentner Roggen vom Morgen, also 3 Zentner Weizen und 4 Zentner Roggen mehr als bei der Mißernte von 1891. Zum Verkauf blieben 1891: 1000 Zentner Weizen zu 12 Mark und 400 Zentner Roggen zu 12 Mark = 16 800 Mark; 1892: 1600 Zentner Weizen zu 7 Mark und 1200 Zentner Roggen zu 6 Mark = 18 400 Mark, also 1600 Mark mehr. Ja, wenn die Preise nicht so gefallen wären, dann hätten wir ein gutes Jahr gehabt, bei den vorjährigen Preisen 16 800 Mark mehr; da hätte man einmal etwas zurücklegen oder Schulden bezahlen können. Dazu ist wegen der großen Futternot außer ein paar tausend Zentnern Zuckerrüben und Kartoffeln nichts

zu verkaufen, und der Ertrag der Milch ist durch die Maul- und Klauen-
seuche um 3000 Mark zurückgegangen; Schafe giebt's nicht mehr, Schweine
aufzuziehen oder zu mästen ist nicht mehr möglich. Also, Herr Minister, die
Rechnung ist leicht: Gewinn am Getreide gegen 1891 1600 Mark, Verlust
an Vieh 3000 Mark, mithin Minderertrag 1400 Mark. Das ist das ge-
segnete Jahr 1892. Die Zuckersfabriken werden auch nicht mehr lange in der
Lage sein, uns Rüben abzunehmen, gerade wie die Brennereien schon heute
zwei Drittel weniger Kartoffeln verarbeiten, als vor dem neuen Steuergesetz!
Man schlachtet uns die Kuh ab und verlangt dann, daß wir noch Milch
liefern sollen. Und wer ist an all dem Elend schuld? Die Regierung mit
ihren ewigen neuen Gesetzen und Zollermäßigungen. Auf die Grenzen paßt
sie auch nicht auf — woher bekommen wir denn all die Seuchen, wenn nicht
aus Österreich und Rußland! Was nützt es, daß man sich die größte Mühe
giebt, seine Scholle zu verbessern, wenn am grünen Tisch in kurzfristigster
und schädlichster Weise eingegriffen wird? Das ist doch geradezu, um sozial-
demokratisch zu werden! Zu Bismarcks Zeiten, da wars ja auch nicht immer
schön, der hatte aber doch ein Herz für die Landwirtschaft, war selbst Guts-
besitzer und räumte endlich mit dem wahnsinnigen Freihandel auf! Die Männer
aber, die heute an der Spitze stehen, verachten ja geradezu die Landwirtschaft,
kennen sie auch gar nicht, reisen erst im Lande umher, um sie vom Rupee-
fenster aus kennen zu lernen, und urteilen von der Güte des Rotweins
ihrer hochadlichen Gastfreunde auf den Zustand der Landwirtschaft. Und unsre
landwirtschaftlichen Abgeordneten — schöne Herren! Schweigen wir lieber
darüber. Wenn sie den Mund aufthun, blamiren sie sich, verstehen die Sache
nicht genügend, über die verhandelt wird, oder können sie nicht klar darstellen
und lassen sich von den Städtern über den Löffel barbieren. Der Herr
Minister aber, der mit dem langen Titel, ist kein Landwirt, sondern ein Jurist
so gut wie seine Räte!

In diese Stimmung nun, die jetzt mit wenig Ausnahmen auf dem Lande
herrscht — es ist das mit Leichtigkeit aus Briefen, aus dem Ton, in dem in
Privatgesellschaften wie öffentlich über die preussische und die Reichsregierung
gesprochen wird, nachzuweisen —, plagte zu Neujahr ein Kriegsgeschrei, das
in ganz Deutschland wie der Schuß aus einer Lärmkanone wirkte. Aus Bunzlau,
von Alters her berühmt durch seine braunen Kaffeekannen, kam der Ruf. Dort
erscheint die „Landwirtschaftliche Tierzucht, illustriertes Fachblatt für rationelle
Viehhaltung, Milchwirtschaft und Futterbau,“ neuerdings auch für Politik.
Diese Zeitung brachte zuerst den Alarmanthel, der dann mit unglaublicher
Schnelligkeit in alle Welt, einschließlich der Kreuzzeitung und des Reichstags
geflogen ist. „Ein Vorschlag zur Verbesserung unsrer Lage“ — so hat ihn
Herr Ruprecht, Pächter des zweitausend Morgen großen Stadtgutes Ransern
bei Breslau, getauft. Groß ist die Zahl der Zuschriften, die der Verfasser,

wie die Redaktion der „Tierzucht“ aus den verschiedenartigsten Gegenden erhalten hat; Pächter und Besitzer von kleinen, mittlern und größern Gütern im bunten Durcheinander, Leute der verschiedensten politischen Richtung, der verschiedensten Lebensstellung, vom Prinzen bis zum kleinsten Bauern, haben ihre Zustimmung und ihren Beifall ausgesprochen, mit verschwindenden Ausnahmen sind alle einig in der Anerkennung des Mutes, den Herr Ruprecht bewiesen hat, und in der Bewunderung des neuen Kolumbuseies. Vom Bodensee bis nach Memel ist der Alarmschuß gehört worden und findet lauten Wiederhall, setzt sich sogar in That um! Sehr wunderbar, zumal wenn man den für gewöhnlich doch schwer aufzurüttelnden konservativen Charakter unsrer landwirtschaftlichen Bevölkerung berücksichtigt. Wie sich überhitztes Kesselwasser durch eine Erschütterung plötzlich mit rasender Gewalt in Dampf verwandelt und alle Fesseln sprengt, so explodirt jetzt auf dem Lande der lange aufgesamelte Unmut.

Sehen wir uns den Aufsatz einmal an — er ist nicht lang, was für einen Weckruf sehr praktisch ist, und so können wir es wohl wagen, ihn hier noch einmal abzudrucken.

Ein Vorschlag zur Verbesserung unsrer Lage.

Bei dem Erblicken der Überschrift dieses Artikels werden die meisten Leser ein neues Rezept, wie es uns Landwirten so oft schon von Berufenen und Unberufenen gegeben worden ist, erwarten, vom Schlage der verflochtenen Sojabohne, der Waldplatterbse, der alleinseligmachenden Gründüngungs- oder viehlosen Wirtschaft. Nichts von alledem, mein Vorschlag bewegt sich auf ganz anderm Boden und enthält zum Teil so keizerische Ideen, daß es mir noch sehr fraglich erscheint, ob er je das Licht der Welt in den Spalten einer landwirtschaftlichen Zeitung erblicken wird, denn wer je schon für den Druck geschrieben hat, weiß, wie unbarmherzig der Blaustift des Herrn Redakteurs oft die besten Pointen und Wendungen vernichtet, wenn die Möglichkeit vorliegt, daß man irgendwie anstoßen könnte. Ich schlage nichts mehr und nichts weniger vor, als daß wir unter die Sozialdemokraten gehn und ernstlich gegen die Regierung Front machen, ihr zeigen, daß wir nicht gewillt sind, uns weiter so schlecht behandeln zu lassen, wie bisher, und sie unsre Macht fühlen zu lassen. Es muß endlich einmal öffentlich mit dürrn Worten gesagt werden und der berechtigten Unzufriedenheit Ausdruck gegeben werden, die man laut werden hört, wenn Landwirte zusammenkommen, deren Blick über die Grenzen der heimatischen Kartoffel- und Rübensfelder hinausreicht, einer Unzufriedenheit, der man in unsern landwirtschaftlichen Fachblättern nur in der vorsichtigsten und zaghaftesten Weise begegnet.

Sind wir Landwirte wirklich die Quintessenz des deutschen Michels, die Landwirtschaft die melkende Kuh für das ganze Volk, die nicht bloß ihre Milch hergießt, sondern sich auch noch die Haut abziehen läßt, damit andre, besser situierte Berufszweige ihren Nutzen davon haben? Soll uns unsre diesjährige bessere, aber doch durchaus nicht großartige Ernte bei den ruinösen Preisen noch schlechtere Gelberträge bringen, und sollen wir neue Schulden machen, obwohl wir die in den letzten erbärmlichen Jahren gemachten Schulden noch nicht bezahlt haben? Soll es mit der Aufbürdung von Lasten, wie sie uns durch die Alters- und Invaliditätsversicherung, durch Unfall- und Berufsgenossenschaften u. s. w. auferlegt

worden sind, so weiter gehen? Sollen unsre landwirtschaftlichen Industrien, die Zuckerfabriken und Brennereien, die durch eine weise und maßvolle Gesetzgebung früherer Zeiten groß und blühend geworden waren, gänzlich zu Grunde gerichtet werden durch immer neue Anziehung der Steuerschraube und fortwährende Änderungen in dem Besteuerungsmodus? Sollen jetzt auch noch die Schutzzölle gegen Rußland herabgesetzt werden, damit nicht allein der Weizenpreis noch niedriger, sondern auch der gegen Weizen relativ hohe Roggenpreis durch die Überflutung mit billigem russischem Roggen noch weiter herabgedrückt wird?

Deshalb müssen wir uns ermannen und aufhören zu klagen, denn alle unsre Klagen, die wir als Petitionen an das Parlament und das Ministerium gesandt haben, sind in den Papierkorb geworfen worden. Wir müssen aufhören zu klagen, damit die von einem vielsagenden Lächeln begleitete Redensart der Städter aufhört: „Die Landwirte klagen immer“ — als ob unsre Klagen deshalb weniger berechtigt wären, weil wir uns so oft und über so vieles zu beklagen haben. Wir müssen aufhören zu klagen, wir müssen schreien! Wie vor kurzem Fürst Bismarck sagte: „Wenn mich jemand auf den Fuß tritt, so schreie ich nicht bloß, damit er merkt, daß er mir weh gethan hat, sondern damit er sich auch hütet, mich weiter zu treten.“ Wir müssen schreien, daß es das ganze Volk hört, wir müssen schreien, daß es bis in die Parlamentssäle und Ministerien dringt — wir müssen schreien, daß es bis an die Stufen des Thrones vernommen wird!

Aber wir müssen, damit unser Geschrei nicht auch unbeachtet verhallt, gleichzeitig handeln. Wir müssen handeln, indem wir aufhören, was wir bis jetzt immer für selbstverständlich hielten, für die Regierung in unsern Bezirken die Wahlen zu machen; wir müssen alle Ehrenämter u. s. w. ablehnen, zu denen wir nicht gesetzlich gezwungen werden können, wir müssen es dahin bringen, daß unsre Herren Landräte nach oben berichten: In den Kreisen der Landwirte herrscht die größte Unzufriedenheit, sodaß ihre früher so regierungsfreundliche Gesinnung in das Gegenteil umgeschlagen ist. Wir müssen aus den Statuten unsrer landwirtschaftlichen Vereine den Paragraphen streichen, daß keine Politik getrieben werden darf, denn wir müssen Politik und zwar Interessenpolitik treiben; haben wir doch den Mut, den Namen „Agrarier,“ den uns die landwirtschaftsfeindliche Presse so oft unberechtigt gegeben hat, nun mit Recht zu tragen, denn nur dadurch, daß wir rücksichtslose und ungeschminkte Interessenpolitik treiben, kann vielleicht die Existenz der heutigen Landwirte, die mit verschwindenden Ausnahmen aus Geschlechtern hervorgegangen sind, die sich von Alters her mit der Bewirtschaftung der Scholle befaßt haben, gerettet werden! Wollen wir wirklich ohne Kampf unsern Platz jenen Vertretern des häufig auf recht wenig ehrenvolle Weise erworbenen Großkapitals räumen, um als deren Inspektoren und Schaffner oder als Versicherungsagenten unser Leben zu fristen? Darum müssen wir aufhören, liberal, ultramontan oder konservativ zu sein und zu wählen, vielmehr müssen wir uns zu einer einzigen, großen agrarischen Partei zusammenschließen und dadurch mehr Einfluß auf die Parlamente und die Gesetzgebung zu gewinnen suchen. Wir müssen Männer als Abgeordnete wählen, die nicht mit einem Auge auf ihre Wähler und mit dem andern auf ihre Söhne, Brüder und Vettern schielen, und die sich, um deren Laufbahn als Offiziere und Beamte nicht etwa zu erschweren, nach oben hin „schustern.“ Nicht solche Leute, die, wie jener niederschlesische Abgeordnete, es fertig bringen, zu ihren ländlichen Wählern zu sagen: „Meine Herren, ich habe ein Herz für die Landwirtschaft, aber Rücksichten höherer Art bestimmten mich, für die Handelsverträge zu stimmen.“ Wir müssen solche unabhängige und mutige Männer zu

unsern Vertretern wählen, wie jenen schlesischen Grafen, der, weil er das, was er im Parlament straflos hätte aussprechen dürfen, in einer Zeitung zu veröffentlichen wagte, als Gesandter a. D. disziplinarisch gemäßregelt wurde; an der Spitze unsrer Partei müssen Leute stehen, die es gelegentlich auch unternehmen, einmal die höchsten Beamten zu stellen, wie jene Vertreter der chemischen Industrien, denen gegenüber der Minister kleinlaut erklären mußte, daß es den Vertretern des großen mächtigen Deutschlands der kleinen Schweiz gegenüber nicht gelungen sei, die von ihnen geforderten Bedingungen zu erlangen, sondern daß sie sich mit den von der Schweiz thatsächlich gewährten, die chemischen Industrien aufs schwerste schädigenden Bedingungen hätten begnügen müssen. Gründen wir ein großes Blatt für die Partei mit möglichst billigem Abonnement, damit es auch in die bäuerlichen Kreise Eingang finde, unterstützen wir es durch Abonnements und besonders durch unsre Inserate, setzen wir den Redakteuren die höchsten Gehalte aus, damit wir die besten Federn und die hellsten Köpfe für unser Blatt gewinnen können.

Um das alles durchzuführen, müssen wir aber auch in unsre Taschen greifen und uns für diesen Zweck eine Selbstbesteuerung auferlegen. Wenn jeder größere Landwirt für den Morgen Fläche jährlich nur zehn Pfennige für Parteizwecke bezahlt, so kommen Summen ein, mit denen die Partei und ihre Presse großes leisten könnte. Wir bezahlen für Futtermittel, künstlichen Dünger, Versicherungen, Maschinen und fremdes, teures Zuchtvieh alljährlich Summen, gegen die diese Abgabe für Parteizwecke verschwindend klein ist, die sich aber hundertfach bezahlt machen würde. Aber obwohl diese Abgabe gegen andre notwendige Wirtschaftsausgaben geringfügig ist, werden sich alle die Landwirte dagegen sträuben, die ihr Heil in der ängstlichen, oft ganz falsch angebrachten Sparsamkeit sehen, die noch nicht zu der Überzeugung durchgedrungen sind, daß aus nichts auch nichts werden kann, und die glauben, daß ungedüngter Acker und schlecht gefüttertes Vieh dieselben Erträge geben könne, wie reichlich ernährte Tiere und stark gedüngter Boden.

So mancher alte Landwirt wird den Kopf schütteln über den Vorschlag des jugendlichen Heißsporns. Ja, ihm geht es auch noch nicht so an die Nieren wie uns „Jungen,“ er kann noch eine Weile von dem Fett früherer, besserer Jahre zehren. Ein andrer prinzipientreuer, eingefleischter Parteimann wird meinen Vorschlag mit Entrüstung als einen ihm zugemuteten Abfall von seiner geliebten Partei zurückweisen, und endlich, der Kluge, Selbstsüchtige wird erst abwarten wollen, wie die Karre geht; muß ihm doch ohne eigne Mühe und Opfer der eventuelle Nutzen so wie so in den Schoß fallen. Aber vielleicht findet sich doch eine Schar Männer zusammen, die die hier gegebne Anregung in die Hand nimmt und weiter ausführt, dann wäre der Zweck dieser Zeilen erreicht.

Vorüber klagt also Herr Ruprecht? 1. Über die Last der verschiedenen Arbeiterversicherungen. 2. Über die Beunruhigung der landwirtschaftlichen Industrien und ihre wachsende Besteuerung. 3. Über die Herabsetzung der Schutzzölle auf Getreide und Vieh und über die Aussicht auf einen Handelsvertrag mit Rußland. Den Arbeitermangel, an dem ein Teil der alten preussischen Provinzen krankt, erwähnt er nicht, vermutlich weil ihm diese Sorge nicht zu schaffen macht; auch die vielumstrittne Währungsfrage fehlt in der Liste, doch haben dies die Freunde des Herrn Ruprecht später nachgeholt.

Wir müssen zugeben, daß die Summe, die durch die Arbeiterversicherungen von den landwirtschaftlichen Arbeitgebern aufgebracht werden muß, empfindlich

drücken kann, denn in manchen Betrieben erreicht sie fast die Höhe der Grundsteuer; nebenbei ist sie in ihrer Form höchst lästig. Ob sich die ganze Einrichtung im weiteren Verlauf bewähren wird, ist heute noch nicht mit Bestimmtheit vorausszusagen; jedenfalls kann man sie nicht dem neuen Kurs in die Schuhe schieben, und jetzt das großartige letzte Werk Kaiser Wilhelms durch unsinniges Geschrei in der Entwicklung zu stören, erscheint uns doch eines ernststen Mannes nicht würdig. Gerade die Landwirte Schlesiens haben lange Jahre hindurch so viel an ihren guten, willigen Arbeitern gesündigt — wir erinnern nur an die Gefindehäuser, an die mangelhafte Kost und den niedrigen Lohn —, daß sie sich heute am wenigsten beschweren dürfen, wenn sie das Gesetz mit heranzieht zum Beitrag für die verschiedenen Arbeiterversicherungen.

Aber die Klage über die zu wenig lebenswürdige Behandlung der landwirtschaftlichen Industrien, d. h. nur der Zuckersfabrikation und Brennerei (die zahlreich in Deutschland vertretenen Stärkesfabriken tragen keine Extrasteuer), hat zweifellos ihre Berechtigung. Es ist wahr, daß alle andern Nationen, namentlich Frankreich und Rußland, ganz anders als Deutschland durch Exportprämien und sonstige Entschädigungen für das Gedeihen ihrer Zucker- und Spiritusindustrie sorgen; sie haben jetzt den alten preussischen Grundsatz angenommen, der scheinbar vor dem großen Geldbedürfnis des Staates bei uns hat weichen müssen. Die deutsche Landwirtschaft hat in den letzten dreißig Jahren folgende schwer zu ersetzende Verluste gehabt: der Ölfruchtbau ist fast ganz durch die Einführung des russischen und amerikanischen Petroleums verdrängt, die Wollschafzucht durch Australien und Südamerika zu Tode gebracht, die Viehmast durch die hohen Zollschranken Frankreichs, die Absperrung Englands und die Konkurrenz Amerikas und Australiens sehr herabgedrückt worden. Noch bleibt die Rübenzuckersfabrikation gewinnbringend — soll auch sie, diese große Arbeitgeberin und Futterlieferantin unrentabel werden? Infolge des letzten Spiritussteuergesetzes und des schwindenden Exports verarbeitet eine große Zahl der Brennereien des Ostens nur noch ein Drittel der Kartoffelmenge, die früher eingemaischt wurde; die Brennereigüter können mit der heute erzielten Schlempe nur noch einen verkleinerten Viehstand erhalten, und die ausgedehnten Mastungen haben fast ganz aufgehört. Zwei Industrien, die der allgemeinen landwirtschaftlichen Kultur so viel nützen und genügt haben, dabei so bedeutende Steuersummen schon aufbringen (1890/91 Zucker 75 759 800 Mark; Spiritus im alten Branntweinsteuergebiet 123 269 400 Mark, zusammen 199 029 200 Mark), sollten mit größerer Freundlichkeit vom Herrn Finanzminister behandelt oder vom Landwirtschaftsminister besser in Schutz genommen werden. Soll doch selbst die Ameise ihren Milchkühen, den Blattläusen, zu einer guten Weide verhelfen, um sie bei Gesundheit und Steuerfähigkeit zu erhalten. *Fabula docet.* Du sollst der einzigen Milchkuh nicht den Hals umdrehen, des biblischen Ochsen, der da drischt, gar nicht zu gedenken! Der Vorteil des Kartoffelbaues

in Verbindung mit Brennerei für die magern Provinzen Preußens im Osten der Elbe ist schon so oft auseinandergesetzt worden, daß wir hier auf weitere Ausführungen verzichten können. Für die, denen die Steuerlast der Brennereien noch immer nicht groß genug erscheint, sei nur darauf hingewiesen, daß landwirtschaftliche Brennereien in Ost- und Westpreußen, die in den letzten Jahren durch Feuer zerstört wurden, von ihren Besitzern als unrentabel nicht wieder aufgebaut worden sind!

Wir kommen zu den Handelsverträgen, dem Hauptstück der heute zu Tage getretenen Unzufriedenheit. Man schimpft auf dem Lande laut über den österreichischen Vertrag, der mit einem Schlage die Schutzzölle auf Weizen und Roggen aus allen andern Ländern mit einziger Ausnahme Rußlands von 5 Mark für 100 Kilo auf 3,50 Mark herabgesetzt hat. Man hängt die Namen der Landwirte, die als Reichstagsabgeordnete dem Vertrage zugestimmt haben, an den Pranger und schmäht diese Männer ob ihrer thörichten Unterwerfung unter die Regierung und ihres Verrats an der heimischen Landwirtschaft. Dabei verläßt die Schreier gänzlich das Gedächtnis. Sie haben, wie es scheint, keine Ahnung mehr davon, daß in der Zeit, wo dieser Handelsvertrag abgeschlossen wurde, das Reich sich in einer Zwangslage befand, daß namentlich die Hauptnahrung der Armen, der Roggen, einen so hohen Preis erreicht hatte, wie ihn auch die verbissensten Schutzzöllner früher nie mit einem Schutz Zoll für vereinbar gehalten hatten, und der zu den traurigsten Verhältnissen bei einem sehr großen Teil der Arbeiterbevölkerung, nicht bloß in den Städten und Industriebezirken, sondern nachweisbar auf dem Lande selbst geführt hatte. Herr Ruprecht wirft den Abgeordneten, die nach ihrem besten Wissen und Gewissen für die Herabsetzung des Zolls gestimmt haben, die größten Beleidigungen ins Gesicht und geberdet sich, als ob er und seine Gesinnungsgenossen ganz allein im deutschen Reiche hausten. Vielleicht die größere Hälfte der deutschen Landwirte, billig denkende, ernste Männer, werden einen solchen kraffen Egoismus verwerfen und werden zugestehen, daß ein aller Wahrscheinlichkeit nach auf längere Zeit festgelegter Zoll von 3,50 Mark auf Brotgetreide ein ausreichender Schutz der deutschen Landwirtschaft sei. Augenblicklich richtet sich der Kampf mit Wut gegen den Abschluß eines Handelsvertrags mit Rußland auf gleicher Grundlage, und es wird der Regierung mit erhobener Faust gedroht, wenn sie gewillt sei, auch hier den Zoll herabzusetzen. Der Artikel des Herrn Ruprecht hat, wie schon erwähnt, eine große Zahl von Landwirten zu lautem Beifallsjubel fortgerissen, ein Komitee ist zusammengetreten, hat ein Programm aufgesetzt, das die „Forderungen der rechten Agrarier“ enthält, und diese Schrift in Tausenden von Exemplaren an alle landwirtschaftlichen Vereine Deutschlands und an alle bedeutenden Zeitungen gesandt, um Anhänger zu werben. Dieses Programm schließt sich im wesentlichen den Forderungen Ruprechts an, begründet sie eingehend und erweitert sie in einigen Punkten.

Die Vorstände der landwirtschaftlichen Vereine haben fast in allen Teilen Deutschlands die Angelegenheit weiter aufgenommen, und in den letzten Wochen sind zahlreiche außerordentliche Versammlungen abgehalten worden, in denen die Zustimmung ausgesprochen und beschlossen wurde, Abgeordnete nach Berlin zu einer gewaltigen Massenversammlung am 18. Februar zu entsenden, um dort unter dem Namen eines „Bundes der Landwirte“ die große landwirtschaftliche Partei zu begründen, jedenfalls aber eine Demonstration gegen die Regierung in Szene zu setzen. Auf den landwirtschaftlichen Versammlungen, wie auch in den Zuschriften, die von der „Tierzucht“ veröffentlicht wurden, tauchten Ansichten auf, die für die Beurteilung der ganzen Bewegung nicht ohne Interesse sind. Die Welsen verwahren sich gegen die preußischen Konservativen, Konservative wollen nur von der Bewegung wissen, wenn sie unter die konservative Fahne trete, Bauern machen den Rittergutsbesitzern wegen schlechter Behandlung der Kleingrundbesitzer Vorwürfe und warnen vor der Betonung der Not der Zucker- und Spiritusfabrikanten, einer will Bismarck an die Spitze der Bewegung stellen, ein anderer schiebt gerade Bismarcks Politik einen Teil der Not in die Schuhe, ein dritter will durch eine gewaltige und jeden Zweifel beseitigende Einigkeit appellieren *de imperatore male informato ad imperatorem melius informandum*. Ein Oberschlesier verlangt Getreide- oder besser Brotmonopol, am maßlosesten aber geht der Sprecher eines großen mittelschlesischen landwirtschaftlichen Vereins vor, der eine staatliche Tilgung der Hypothekenschulden und Ausgabe von unverzinslichen Landbons, dazu ein ausgedehntes Heimstättenrecht und das Spiritusmonopol als Ziel der Forderungen hinstellt. Daß auch die Abschaffung der Goldwährung und der Freizügigkeit nicht fehlt, braucht wohl nicht erst hervorgehoben zu werden. Trotz der nebelhaften Ziele und der vielfach sich kreuzenden Wünsche — in einem sind die Landwirte einig: „Der Notstand ist groß, wird immer unerträglicher, durch eigene Kraft können wir unsere Lage nicht verbessern, daher muß der Staat gezwungen werden, uns mehr als bisher gegen Konkurrenz jeder Art im In- und Auslande zu schützen.“

Kommen wir nun zu den Zwangsmaßnahmen, die Herr Ruprecht in Vorschlag bringt, um den Willen der neuen politiklosen Agrarpartei bei der Regierung und den Parlamenten durchzusetzen. Wir müssen schreien, sagt er, daß uns der Kaiser hört, wir müssen die regierungsfreundlichen Wahlen nicht mehr unterstützen und die Ehrenämter ablehnen. Die landwirtschaftlichen Vereine müssen zu agrarpolitischen Wahlvereinen werden, liberale, ultramontane, konservative u. s. w. Rücksichten müssen aufhören, und ein einzig großes Volk agrarischer Brüder muß Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnen. Unabhängige, mutige Männer müssen wir wählen. Eine große landwirtschaftlich-politische Zeitung, von den besten Köpfen redigiert, müssen wir schaffen. Und damit das alles durchgeführt werden kann, muß sich jeder selbst besteuern. Die Presse

soll die Bewegung im Fluß erhalten, Aufklärung in Schloß und Hütte tragen, den Städtern die Augen öffnen über die Berechtigung der landwirtschaftlichen Forderungen, hauptsächlich aber die Abgeordneten kontrollieren — eine angenehme Aussicht für die mutigen und unabhängigen Männer, denen Herr Ruprecht auf einer großen Versammlung mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit ihr trauriges Los verkündete, wenn sie einmal nicht richtig stimmen sollten.

Einige bescheidne Bemerkungen zu diesem Programm werden wohl gestattet sein. Über das Schreien wollen wir schweigen; im allgemeinen pflegen schreiende Männer den Mangel an starken Beweisgründen durch starke Lungen zu ersetzen. Unterstützen wir die Wahlmänner der staatserkhaltenden Parteien nicht, so werden die Sozialdemokraten mit Vergnügen die Erbschaft antreten; versagen wir dem Staat und seiner Ordnung die Hilfe, so untergraben wir uns selbst unsre mitratende und mitthatende Stellung im großen Gemeinwesen. Ein Niederlegen aller Ehrenämter ist ja möglich, aber erstens ist kein Mensch unerseßbar, und dann hat der Staat für die Ablehnung der meisten Ehrenämter Zwangsmaßregeln, Erhöhung der Steuer u. dergl. zur Hand — schließlich ist es unter den heutigen Verhältnissen, wie ja überhaupt im Leben, immer besser, Hammer als Amboss zu sein. Die Wirkung der preussischen Kreisordnung wird nur der recht würdigen, der noch in den alten Verhältnissen Gutsbesitzer gewesen ist und ihre großen Schattenseiten sich ins Gedächtnis zurückrufen kann. In manchen Gegenden mag ja das Bedürfnis zur Abschaffung der Gutspolizei und der an dem Rittergut klebenden Kreisvertretung nicht so groß gewesen sein, aber im ganzen Osten Preußens mit seinen ausgedehnten Kreisen war die neue Ordnung eine Wohlthat und der Amtsvorsteher wie die gerechtere Vertretung im Kreistage eine Notwendigkeit. Die Gutspolizei war eine abgestorbne Form, der Landrat regierte nur durch seine Gensdarmen, er war nicht imstande, zumal wenn er an einem Ende des Kreises wohnte, für eine gedeihliche Ordnung in seinem ganzen Bezirke zu sorgen. Heute ist es in Beziehung auf Wege, Armenpflege, Gesundheitsverhältnisse, Feuerpolizei und dergleichen sehr viel besser geworden als früher, und nur in den seltensten, in ganz abnormen Fällen kann dabei von einer Überlastung der Amtsvorsteher gesprochen werden. Mit Hilfe einer Schreibkraft, die in dem Schullehrer meist leicht gefunden und für die aus Staatsmitteln genügende Entschädigung gewährt wird, sind die heutigen Aufgaben eines Amtsvorstehers ohne Überlastung zu bewältigen. Wem das Amt zu viel wird, kann es ja nach einer gesetzlichen Frist niederlegen; Amtsvorsteher und Standesbeamter braucht niemand zu gleicher Zeit zu sein, und die andern Nebenämter in den Berufsgenossenschaften u. s. w. sind keine Zwangsämter. Daß sich immer noch genügende Kräfte zur Übernahme der Ämter gefunden haben, kann auch als Beweis dafür dienen, daß sie nicht so drückend sind, als behauptet wird.

Die Vertretung der Landwirtschaft in den Parlamenten soll ungenügend

sein, das Verständnis für ihre Sonderinteressen dort fehlen. Nun, von den vierhundert Reichstagsabgeordneten sind etwa 32,4 Prozent von Profession Landwirte, Gutsbesitzer oder Pächter, nicht gerechnet die zahlreichen Landräte, die doch auch ein Verständnis für die Sache haben müssen. Nebenbei bemerkt halten wir die Wahl von Landräten nicht für erwünscht, die gehören in ihre Kreise und nicht ins Parlament. Bürgermeistern soll es ja begegnet sein, daß sie von ihren Stadtverordneten höflichst ersucht wurden, ein Mandat abzulehnen; von den Kreisaußschüssen haben wir entsprechende Forderungen noch nicht vernommen. Im preussischen Abgeordnetenhaus ist die Landwirtschaft sogar mit 43 Prozent ausschließlich der Landräte vertreten. Sollte das nicht genug sein? Die Gründung einer großen Agrarpartei in beiden Parlamenten unter Freigebung des sonstigen Parteistandpunktes in nicht agrarischen Fragen erscheint allerdings für den Landwirt auf den ersten Blick sehr verlockend und aussichtsvoll; geht man aber der Sache auf den Leib, so ergibt sich die Schwierigkeit, ja fast die Unmöglichkeit sofort. Im Reichstage sitzen heute an Landwirten etwa 45 Konservative, 9 von der Reichspartei, 33 Zentrumsmänner, 12 Polen, 11 Nationalliberale, 9 Freisinnige, 2 von der Volkspartei und 10, die bei keiner Fraktion eingeschrieben sind. Im Abgeordnetenhaus ist die Zahl der Landwirte etwa folgende: 95 Konservative, 30 Freikonservative, 29 vom Zentrum, 24 Nationalliberale, 6 Polen und 3 Freisinnige. Sollten all diese Männer gar kein Verständnis für ihre eigensten Interessen haben und so wenig „Rückgrat,“ daß sie wie eine tollgewordne Hammelherde ins Feuer rennen, nur wenn die Regierung winkt? Sollte es in den großen Wirtschaftsfragen bei ihnen an jeder ernststen Abwägung zwischen Staatsinteresse und Landwirtschaftsinteresse gefehlt haben? Die Verfasser des Programms vergessen eins vollkommen: daß es sich heute nicht bloß um Preußen allein, sondern um das ganze deutsche Reich handelt, und daß der Reichstag die Interessen des Ganzen abzuwägen hat. Und nun fragen wir weiter: gehen denn die Interessen aller Landwirte Deutschlands immer einen Weg? Nein, viel häufiger, als man denken sollte, gehen sie auseinander. Die einzelnen Staaten, die einzelnen Provinzen, selbst die einzelnen Kreise stehen einander in manchen landwirtschaftlichen Fragen schroff gegenüber. In demselben Augenblick, wo der „Bund der Landwirte“ alle unter einen Hut bringen will: Konservative, Ultramontane, Liberale, Polen, Welsen, Altpreußen, Süddeutsche — beantragen die sächsischen und westfälischen Landwirte bei dem „Deutschen Landwirtschaftsrat“ die Aufhebung der Staffeltarife, dieser Frachtbegünstigung für ostdeutsches Getreide, die sich die Landwirtschaft im Osten der Elbe nach jahrelanger zäher Arbeit erst vor kurzem unter dem Druck der letzten Teuerung erkämpft hat. Die Ost- und Westpreußen, deren Wohl und Wehe eng mit ihren Handelsplätzen Königsberg und Danzig verbunden ist, verlangen seit Jahren stürmisch die Aufhebung des „Identitätsnachweises“ für das aus den Transitlagern ver-

schiffte Getreide. West- und Süddeutschland haben sich bisher dagegen schroff ablehnend verhalten, und die Regierung ist auf ihre Seite getreten. Die Oberschlesier möchten die ganze Freizügigkeit beseitigen, verlangen mindestens von dem Eisenbahnminister eine Erschwerung des Transports der Sachfengänger, die Zuckerrübenbauer in Sachsen haben ganz andre Ansichten. Im Reichseisenbahnrat stehen die landwirtschaftlichen Mitglieder von Ost und West stets kampfbereit einander gegenüber. Die Maul- und Klauenseuche kommt nicht immer aus Rußland und Österreich, in Schlesien bezichtigt man auch Baiern dieser Mißthat und verlangt Sperre gegen bairische Ochsen. Wer kauft denn die magern amerikanischen Ochsen und schimpft heimlich über den hohen Einfuhrzoll? Wer hat denn so lange Zuchtböcke nach Australien und Amerika mit hohem Verdienst verkauft, bis sich die Schafzüchter dort auf eigne Füße gestellt haben und Deutschland mit Wolle überschütteten? Die Landwirte, die deutschen Landwirte! Wer schimpft über den Zwischenhandel und zieht ihn doch selbst künstlich groß? Vom Nachbar kauft man ungern, man schickt ihm den Händler zu, der kauft billiger. Egoismus und Mißgunst, das Erbteil des alten deutschen Bauern überall! Es wäre herrlich, wenn das Jahr 1893 hierin eine Besserung brächte und der neue „Bund der Landwirte“ nicht bloß eine Summe von Egoismen bedeutete. Vorläufig ist sein erstes Ziel der Kampf gegen jede weitere Herabsetzung der Kornzölle; die andern Wünsche, nein Forderungen kommen dann der Reihe nach zur Erledigung. Wo diese Reihe aufhört, das ist heute schwer zu ahnen, aber es beschleicht uns eine gewisse Furcht, daß, wenn diese landwirtschaftliche Partei zur Herrschaft gelangt, das deutsche Reich sehr leicht in die Fußstapfen Chinas geraten und die große Mauer nicht mehr lange auf sich warten lassen würde; haben sich doch schon die ober-schlesischen Landwirte aufs heftigste gegen den von Handel und Industrie so lange ersehnten Donau-Oder-Kanal ausgesprochen. Glücklicherweise bewegen wir uns vorläufig noch in der Diagonale der Kräfte, und das ist gut; selbst über den Handelsvertrag mit Rußland und die Herabsetzung des Zolles für russisches Brotgetreide auf den sonst allgemeinen Satz von 3,50 Mark für 100 Kilogramm herrscht bei den Landwirten kein Einverständnis; je nach der geographischen Lage scheint man über den Nutzen und Schaden ganz anders zu denken. Hier und da gewinnt auch die nüchterne Meinung derer Boden, die die österreichischen Handelsverhältnisse in den Grenzländern näher kennen, daß das russische Getreide sehr leicht die Wege finden werde, um zu dem billigern Zollsatz nach Deutschland zu gelangen. Wer will es selbst bei strenger Durchführung der Ursprungsnachweisung hindern, daß Holland, Schweden und Galizien ihre ganze Ernte nach Deutschland werfen und ihren Bedarf aus Rußland beziehen? Die Fracht, namentlich zur See, ist heute erstaunlich billig. Dieser Kampf, sagen die nüchternen Geschäftsleute, ist also ein Kampf gegen Windmühlen, ein Einrennen offner Thüren.

Man sieht, der neue deutsche Bund hat so viele Keime zu Zwistigkeiten in sich, daß seine Begründer bald, wenn der erste allgemeine Hauch verflohen sein wird, mit Ausgleichen, Ritten, Zusammenkleben und Flickern genug zu thun haben werden.

Zum Schluß möchten wir noch auf einen Punkt etwas näher eingehen: auf die jetzt so stürmisch verlangten „Landwirtschaftskammern.“ Wie ist denn die Landwirtschaft bisher im preußischen Staatskörper außerhalb der Parlamente vertreten gewesen? Im Kreise sitzen in den Kreistagen und den Kreisausschüssen neben einem oder zwei Vertretern der kleinen Städte fast nur Landwirte, und in der Provinzialverwaltung haben sie die Mehrheit. Die einzelnen auf ganz freier Grundlage gebildeten landwirtschaftlichen Fachvereine, von denen es in manchen Kreisen mehrere giebt, sind seit vielen Jahren, z. B. in Schlesien seit 1843, zu provinziellen oder Regierungsbezirks-Zentralvereinen verbunden. Alljährlich einmal oder häufiger treten die frei aus den Vereinen gewählten Abgeordneten aller Kreise zu einem Zentralkollegium zusammen, um über technische und volkswirtschaftliche Fragen zu verhandeln, über die Verwendung der für landwirtschaftliche Zwecke vom Staat überwiesenen Gelder zu beschließen und Mitglieder für die beratenden Staatskörperschaften, das Landesökonomiekollegium, den deutschen Landwirtschaftsrat, den Bezirks- und Reichseisenbahnrat u. a. m. zu wählen. Diese Zentralkollegien mit ihrem Vorstand und ihrem Generalsekretär haben einen halboffiziellen Charakter und bilden die Verbindung zwischen dem „Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten“ und den landwirtschaftlichen Kreisvereinen. Statt der Zentralvereine werden nun provinzielle Landwirtschaftskammern gefordert mit dem Recht, einen mäßigen Steuerfuß von allen Groß- und Kleingrundbesitzern ihres Bezirks zu erheben. Man erwartet von ihnen einen ganz bedeutenden Einfluß auf die Regierung, denn „ihre Ansichten und Gutachten müssen, wie die der Handelskammern, gehört werden.“ Gehört worden sind die Wünsche der Handelskammern von der Regierung auch, aber durchaus nicht immer erhört — Bismarck hat ihnen als Handelsminister sogar ziemlich kräftig den Kopf zurechtgesetzt, als ihre Ansichten mit den seinigen nicht übereinstimmten. Der Einfluß der Handelskammern steht so ziemlich auf derselben Stufe wie das Interesse des Kaufmannsstandes an ihrer Zusammensetzung. „Bei den letzten Wahlen zur Breslauer Handelskammer waren von 2991 Wahlberechtigten nur 154 oder etwa fünf Prozent an der Wahlurne erschienen,“ so berichtete die Schlesische Zeitung im November 1892! Dabei wohnen diese Leute beisammen und haben nur eine kleine Strecke bis zur „Wahlurne“ zu gehen. Sapienti sat. Auch die Industriellen haben mit ihren Vertretungen nicht viel Glück, sie klagen darüber, daß sie gar nicht oder erst post festum gehört würden. Da werden auch wohl die jetzt als alleinseligmachend gepriesenen Kammern der Landwirtschaft ebenso wenig auf die Beine helfen. Heute „schreit“ man nach

ihnen und einem Minister, der mehr als bisher die Interessen der Landwirte wahrnehme; vor zwei Jahren hat sich im Auftrage des Ministers der Geheime Oberregierungsrat Dr. Thiel die größte Mühe gegeben, die Kammern, die wohl ein kleines Steckenpferd dieses Herrn sind, den Landwirten mündgerecht zu machen. In dem weitverbreiteten landwirtschaftlichen Kalender von Menzel und Lengerke erschien damals ein eingehender Artikel Thiels, der sehr warm für die Sache eintrat; in allen Vereinen Preußens wurde darüber verhandelt. Umsonst! Nur mit wenig Ausnahmen lauteten die Antworten ablehnend. „Wir wollen nicht, wir haben keine Lust, für eine solche Vertretung ein paar Groschen mehr zu zahlen, uns sind die drei bis sechs Mark, die wir alle Jahre für Vereinszwecke ausgeben, schon viel zu viel; für neue Kammern könnten wir möglicherweise zwanzig oder gar dreißig Mark hergeben müssen!“ Heute bringen alle Vereine einer Provinz kaum so viel zusammen, um ihrem einzigen Generalsekretär einen Gehalt von sechstausend Mark zu gewähren, geschweige denn Gelder für andre notwendige Einrichtungen, die den Landwirten ganz allein zu gute kommen. Nehmen sie doch in einzelnen Provinzen sogar Geld von den Düngersfabrikanten, um ihre eignen chemischen Kontrollstationen zu erhalten, die sie vor Übervorteilung durch ihre Gönner schützen sollen!

Der Gerechtigkeit wegen sei erwähnt, daß die schlesische Landwirtschaft ihre Institute aus eignen Mitteln erhält, und daß der Zentralverein der Provinz Sachsen die Umgestaltung in eine Kammer verlangt, um über mehr Geldmittel verfügen zu können. Das Königreich Sachsen hat bereits seit längerer Zeit eine ähnliche Einrichtung mit Besteuerungsrecht und wird in Beziehung auf seine Landwirtschaft vorzüglich behandelt, wie denn überhaupt dieses Gewerbe im Königreich auf einer sehr hohen Stufe steht. Namentlich verstehen die Leute, die sich dort der Landwirtschaft widmen, ihr Geschäft besser, sie lernen es gründlicher als so viele, viele der heutigen Unzufriedenen aus den preußischen Ostprovinzen, die oft eine militärische oder juristische Laufbahn für die beste Vorbereitung zur Verwaltung eines Gutes halten.

Herr Ruprecht hat auf das Beispiel der Sozialdemokraten hingewiesen, den Streik der Regierung, den Boykott den unbotmäßigen Abgeordneten gegenüber verkündet, nun fehlte bloß noch der „Gleichtritt der Massenbataillone“ auf dem hauptstädtischen Asphalt, und auch der ist nicht ausgeblieben.

Am 18. Februar hat in Berlin eine Massenversammlung von Landwirten stattgefunden, wie sie überhaupt wohl noch nicht dagewesen ist; acht- bis zehntausend Männer aus allen Teilen Deutschlands, allerdings meist aus Ostdeutschland, zum Teil freiwillig, zum Teil als Abgesandte landwirtschaftlicher Vereine waren erschienen, um ihrem Unmut weithinschallenden Ausdruck zu geben über den Rückgang der deutschen Landwirtschaft und die ihrer Ansicht nach schädlichen Maßregeln der Regierung. Trotz der riesenhaften Menschenzahl haben die Verhandlungen einen verhältnismäßig ruhigen, ernsten Verlauf

genommen und Zeugnis dafür abgelegt, daß es sich hier thatsächlich um eine sehr tiefgehende soziale Bewegung handelt. Aber die Forderungen, die von der Versammlung einstimmig und unter rauschendem Beifall angenommen wurden, kann man doch nur als in vieler Beziehung maßlos und nebelhaft bezeichnen. Daß sie die innerste Überzeugung aller Anwesenden ausdrücken, muß bestritten werden; den Beweis dafür wird die Zukunft bringen. Sowohl die elf Forderungen als auch die Resolution waren von dem vorbereitenden Komitee vorher festgestellt und wurden auf dringenden Wunsch der Leiter en bloc und ohne jede Besprechung, die ja auch bei einer solchen Massendemonstration überhaupt unmöglich ist, angenommen. Die Redner sprachen sich nur über die Lage der Landwirtschaft, ihre Beschwerden und die verschiedenen Sünden extra muros aus. Von den Sünden intra muros haben wir nichts vernommen.

Die Forderungen lauten:

1. Genügenden Zollschutz für die Erzeugnisse der Landwirtschaft und deren Nebengewerbe. Deshalb 2. keinerlei Ermäßigung der bestehenden Zölle, keine Handelsverträge mit Rußland und andern Ländern, die die Herabsetzung der deutschen landwirtschaftlichen Zölle zur Folge haben, und eine entsprechende Regelung unsers Verhältnisses zu Amerika. 3. Schonung der landwirtschaftlichen, besonders der bäuerlichen Nebengewerbe in Beziehung auf die Steuern. 4. Absperzung der Vieheinfuhr aus feuchenverdächtigen Ländern. 5. Einführung der Doppelwährung als wirksamsten Schutzes gegen den Rückgang des Preises der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. 6. Gesetzlich geregelte Vertretung der Landwirtschaft durch Bildung von Landwirtschaftskammern. Genossenschaften. (Zwangsgenossenschaften?) 7. Anderweitige Regelung der Gesetzgebung über den Unterstützungswohnsitz, die Freizügigkeit und den Kontraktbruch der Arbeiter. Innere Kolonisation. 8. Revision der Arbeiterschutzgesetzgebung, Beseitigung des Markenzwanges und Verbilligung der Verwaltung. 9. Schärfere staatliche Beaufsichtigung der Produktenbörse, um eine willkürliche, Landwirtschaft und Konsum gleichmäßig schädigende Preisbildung zu verhindern. 10. Ausbildung des privaten und öffentlichen Rechts, auch der Verschuldungsformen des Grundbesitzes und der Heimstätten-Gesetzgebung auf Grundlage des deutschen Rechtsbewußtseins, damit den Interessen von Grundbesitz und Landwirtschaft besser als bisher genügt werde. 11. Möglichste Entlastung der ländlichen Organe der Selbstverwaltung.

Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die heute hier versammelten Vertreter der Landwirtschaft aus allen Teilen Deutschlands erklären: Wir verlangen, daß die Grundlagen, auf denen die Stärke unsers Vaterlandes beruht, unverfehrt bleiben. Von diesem Verlangen beseelt und überzeugt, daß uns nach außen nur eine starke Militärmacht den Frieden, dessen wir bedürfen, erhalten kann, sind wir zu jedem Opfer bereit, das hierfür verlangt wird. Wir sind aber von der festen Überzeugung durchdrungen, daß die dauernde und sicherste Grundlage für unsers Vaterlandes Macht und Größe in dem Gedeihen der Landwirtschaft beruht. Die Gesetzgebung der letzten Jahre verbunden mit den abgeschlossenen Handelsverträgen hat aber diese Grundlage so gewaltig erschüttert, daß die Existenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft gefährdet erscheint. Wir erkennen namentlich in der drohenden Gewährung weiterer Einfuhrvergünstigungen an das Ausland eine unerträgliche Schädigung unsers Gewerbes. Wir richten

daher an den hohen Reichstag die dringende Bitte: er wolle allen weiteren Handelsverträgen, soweit sie eine Herabsetzung der bestehenden Zölle enthalten, unbedingt seine Zustimmung versagen und auf eine Förderung auch der landwirtschaftlichen Ausfuhr Bedacht nehmen, damit die deutsche Landwirtschaft blühen könne zum Segen des gesamten Vaterlandes.

Die große „unpolitische“ Partei der Landwirte Deutschlands ist also am 18. Februar 1893 mit Gewalt geboren worden. Ob sie lebensfähig ist, hat sie jetzt zu beweisen. Wir wünschen den deutschen Landwirten von ganzem Herzen sonnigere Tage, als sie in den letzten Jahrzehnten gehabt haben; aber wenn sie nicht ebenso hohe Ansprüche an sich selbst wie an ihre nichtlandwirtschaftlichen Mitbürger stellen, werden auch alle Massenversammlungen sie nicht retten.



Berufung und Schöffengericht



ie Zeitungen haben von einer Umfrage des preussischen Justizministers berichtet, ob es genügen werde, die Strafkammern der Landgerichte in Zukunft nur mit drei, statt wie jetzt mit fünf Richtern zu besetzen. Zugleich verlautet, daß die Bundesregierungen geneigt seien, dem Andrängen des Reichstags nachzugeben und die Berufung gegen die Urteile der Strafkammern einzuführen. Man darf sich daher darauf gefaßt machen, daß eine Gesetzesvorlage, die um den Preis der Herabsetzung der Richterzahl von fünf auf drei die Berufung gegen die Urteile der Strafkammern gewährt, die Zustimmung des Reichstags finden werde. Da scheint es denn geboten, in letzter Stunde noch einmal zu prüfen, was durch diese Neuordnung gewonnen würde, und ob sie nicht am Ende den Teufel durch Belzebub austriebe.

Augenscheinlich sollen die einzuführenden Berufungskammern oder Berufungsgerichte mit fünf gelehrten Richtern besetzt werden. Ist aber der Vorteil, den eine wiederholte Prüfung der Anklage bietet, wirklich so groß, daß sie, obwohl von einem nicht besser besetzten Gerichte vorgenommen, als es gegenwärtig das erstinstanzliche ist, den Nachteil aufwiegen könnte, der dadurch entsteht, daß die erste Entscheidung in die Hand eines weniger gut besetzten Gerichts als bisher gelegt wird? Oder werden nicht gerechtere Urteile ergehen, wenn sie gleich von vornherein von dem bessern Gerichte der fünf Richter gefunden werden?